Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postscheckkonto: Dresden. [illegible] Nr. 1288.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post [illegible] 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 30 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefbeilegung [illegible] Pf.

Nr. 37 | Dresden, Montag den 14. Februar 1921 | 32. Jahrg.

Der Exkaiser als Ankläger!

Im Vorwärts und zugleich in einer größeren Zahl auswärtiger Blätter wird eine Unterredung veröffentlicht, die [illegible] Journalist, Herr Heinrich Petermayer, im [illegible] vergangenen Jahres mit dem ehemaligen deutschen [illegible] in Amerongen gehabt hat. Verlauf und Inhalt dieses [illegible] sind für den Sprecher außerordentlich kennzeichnend. [illegible] Gemüsemenschen unter die Obhut seines „Hofmarschalls", des Herrn v. Gontard, gestellt, der ängstlich jede [illegible] der Unterhaltung ins Politische zu verhüten sucht, [illegible] der derart überwachte Exkaiser doch immer wieder Gelegenheit, in das verbotene Gebiet auszubrechen und dem [illegible] neugierigen Frager sein übervolles Herz zu entleeren.

Es ist begreiflich, daß sich der Exkaiser von seiner eignen [illegible] keinerlei Rechenschaft gibt. Denn erlebte er einmal [illegible] Augenblick, in dem er begriffe, was er angerichtet hat, so müßte er in Gram und Scham untergehen und [illegible] das Leben nicht länger ertragen. Und so ist es auch [illegible] daß er, um den Rest seines exkaiserlichen Daseins [illegible] zu einer Lebenslüge, wie zu einem Narkotikum, [illegible] muß.

Eine ähnliche Gestalt hat der nordische Dichter Henrik [Ibsen] in seinem Drama „John Gabriel Borkmann" gezeichnet. Dieser John Gabriel ist ein verkrachter Großspekulant, [illegible] von seinen gesellschaftlichen Höhen herabgestürzt, in Einsamkeit haust. Was ihn am Leben erhält, das ist der Glaube, [illegible] nur der „Verrat" derer zugrunde gerichtet habe, die [illegible] bedenklichen, zum Bankrott führenden Finanzspekulationen [illegible] nicht mehr schweigen zu dürfen meinten. [illegible] diesen Verrat, davon ist John Gabriel fest überzeugt, [illegible] herrlich gegangen, er wäre ein Wohltäter der [Menschheit] geworden und hätte die höchsten Ehren errungen. [illegible] die Lebenslüge John Gabriel Borkmanns.

Nun hört ihn ins Militärisch-Kaiserliche übersetzt deklamieren, wenn der Exkaiser in folgende Rede ausbricht:

„Mein Volk hat sich selbst, seinen Gott und mich verraten. [illegible] während des Krieges. Daran sorgten die Sozialdemokraten. [illegible] in erster Stelle schuldig. Jeder deutsche Soldat, der während des Krieges nach seiner Heimat wiederkehrte, wurde [illegible] So kehrte er unter falschem, niederträchtigem [illegible] an seine Arbeit zurück — aber er war ja kein Soldat [illegible]."

Im Ausland wird man über diese Beschuldigung der Sozialdemokratie Mund und Augen aufreißen. Dem Ausland ist ja während des Krieges aus hunderttausend Grammophonen täglich in die Ohren trompetet worden, daß wir deutschen Sozialdemokraten „Kaisersozialisten" wären, [illegible] wie uns knechtisch und sklavisch dem persönlichen Regiment Wilhelms II. unterworfen und uns an allen seinen Verbrechen mitschuldig gemacht hätten. Und jetzt erfährt das Ausland — vorausgesetzt, es gäbe dort einen Narren, der ihm glaubte —, daß wir Landesverräter gewesen sind und [die] ganze Kriegszeit hindurch für die Niederlage Deutschlands gearbeitet hätten.

Es lohnt sich nicht, solchen von einem kranken Gehirn [illegible] Unsinn zu widerlegen. Wohl aber mag diese Gelegenheit wahrgenommen sein, um auszusprechen, daß die deutschen Sozialdemokraten ebenso pflichttreu bis zuletzt das Land verteidigten, wie sie die Irrtumspolitik Wilhelms und [seiner] alldeutschen Horden aufs entschiedenste bekämpften. Die deutsche Sozialdemokratie konnte im Kriege gar nicht anders handeln, als sie gehandelt hat. Wer wagte heute noch ernsthaft, die Partei wegen ihres Bekenntnisses zur Landesverteidigung anzugreifen, nachdem jedermann mit Schrecken erfahren hat, was eine Niederlage bedeutet? Die Sozialdemokratie war sich stets dessen bewußt, daß eine erdrückende Uebermacht gegen Deutschland stand, und daß die Niederlage nicht nur durch militärische Anfangserfolge, sondern vor allem auch durch eine kluge Friedenspolitik abgewendet werden könnte. Während sie mit der Waffe in der Hand für Land und Volk [illegible] kämpfte sie im Reichstag und, so weit es die Zensur [illegible] nur irgend erlaubten, auch in der Presse für diese [illegible] Politik. Vergeblich, denn der Narr auf dem Throne schwelgte in Eroberungsgedanken und konnte schließlich nur noch als neues Beispiel für das Sprichwort dienen, daß Hochmut vor dem Falle kommt. Das deutsche Volk hat Furchtbares erlitten und getragen und trägt es noch. Es wird ohne eine besondere Erschwerung zu verspüren, auch dies noch mitnehmen, daß der entthronte Narr es zum Danke dafür beschimpft.

Variationen des Unmöglichen

Der englische Nationalökonom J. M. Keynes hat sich durch sein mutiges, sachliches und überzeugendes Buch über die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages in die vorderste Reihe der englischen Vorkämpfer der Vernunft gestellt. Sein Name ist damit auf der ganzen Erde zu Ansehen gelangt. Um so wertvoller ist seine Auslassung über die Pariser Forderungen, die er kürzlich im Manchester Guardian entwickelte. Aus seinem Aufsatz geben wir hier die wichtigsten Stellen wieder.

In meinem Buch habe ich der Meinung Ausdruck gegeben, daß Deutschland möglicherweise imstande sei, an Verbindlichkeiten aus dem Friedensvertrag 2 Milliarden Goldmark jährlich zu zahlen, daß es aber aus politischen und andern Gründen sich wahrscheinlich als unklug und untunlich erweisen würde, eine so hohe Summe zu fordern. Einige Sachverständige, darunter Mr. [illegible], der Präsident Wilsons wirtschaftlicher Berater während der Friedenskonferenz war, haben diese oder eine ihr nahekommende Summe angenommen. Andre Sachverständige, deren Meinung Beachtung verdient, haben verschiedene Schätzungen gemacht bis zu einer Höchstsumme von 4 Milliarden Goldmark. Diese letzte Zahl ist von unparteiischen amerikanischen Volkswirtschaftlern als eine denkbare Höchstsumme angegeben worden, die unter günstigen Bedingungen möglicherweise erreicht werden könne. Als habe ich gehört, daß eine maßgebende Persönlichkeit, die eine begründete Schätzung angegeben hatte, die 4 Milliarden Goldmark jährlich überstiegen hätte.

Keynes rekapituliert nun die Pariser Forderungen und stellt fest, daß ihre Erfüllung vom Betrage der deutschen Ausfuhr abhängig sein würde.

Wie groß etwa wird dieser Betrag sein? Vor dem Kriege betrug der Wert des deutschen Exports etwa 10 Milliarden Goldmark jährlich und der des Imports etwas mehr. Bei den gegenwärtigen Preisen würden dieselben Exportgüter über 20 Milliarden Goldmark wert sein. Britische Exportgüter (ohne die Wiederausfuhr) betrugen im Jahre 1920 26 Milliarden. Nun ist es klar, daß Deutschland den festgesetzten bestimmten Betrag der Wiedergutmachungssumme keinesfalls bezahlen kann, ohne die Ausfuhr zu steigern. Denn die Ausfuhr muß die Einfuhr mindestens um so viel übersteigen, wie die Wiedergutmachungssumme beträgt. Ich glaube nicht, daß irgendjemand ernstlich meinen kann, Deutschland sei imstande, Jahr für Jahr seinen Export um, sagen wir 40 Prozent über seinen Import zu steigern. Das heißt, um ein Zahlenbeispiel zu geben: wenn Deutschland einen Exportüberschuß von 4 Milliarden haben soll, so würde es dazu einen Gesamtexport von wenigstens 14 Milliarden nötig [haben]. 12 Prozent dieser Zahl sind 1680 Millionen. Deshalb ist es klar, daß der unbestimmte Teil ein ganz künstlerischer Punkt ist. Bei einer Gesamtausfuhr von 14 Milliarden, gegenüber einer Einfuhr von 10 Milliarden, wobei ein Exportüberschuß von 4 Milliarden bleibt, könnte Deutschland gerade eine feste Summe von 2 Milliarden 320 Millionen plus der Exportabgabe von 1680 Millionen zahlen (zusammen 4 Milliarden). Das heißt, ein Handel in diesem Umfang ist fast notwendig, um die niedrigste festgesetzte Summe von 2 Milliarden, die für die ersten beiden Jahre bestimmt ist, plus der Exportabgabe zu zahlen. Es ist schwer, sich die Zahlen vorzustellen, die nötig wären für die als normal festgesetzten Summen von 6 Milliarden plus der Exportabgabe. Aber sicher kann man sagen, daß bei einem Gesamtexport, der 6 Milliarden Ueberschuß ermöglicht, die [illegible] Abgabe sicherlich 2 Milliarden übersteigen würde. Die Vorschläge der Pariser Konferenz für die normale Zeit belaufen sich daher auf eine Forderung von über 8 Milliarden jährlich, das ist das Doppelte der höchsten Zahl, die meines Wissens von irgendeinem Sachverständigen in England oder Amerika zu rechtfertigen versucht wurde. Man erinnere sich aber weiter, daß nach den letzten veröffentlichten Zahlen in Deutschland zur Zeit der Import den Export übersteigt!

Die Pariser Vorschläge können also nicht ernst gemeint sein, ebensowenig wie der ursprüngliche Vertrag. Sie sind nur ein weiterer Schachzug in dem Spiel, in dem die Spieler wenigstens sich nichts mehr vormachen. Mr. Lloyd George glaubt einen Fortschritt erzielt zu haben (vielleicht hat er es auch), wenn es ihm gelingt, M. Briand davon zu überzeugen, daß 2 und 2 nicht 12, sondern 8 ist. M. Briand, redegewaltig wie er ist, hofft, daß es ihm vielleicht doch gelingen wird, im französischen Parlament um 8 herumzureden, so daß er jedes Argument des Herrn Poincaré niederschlägt, wieviel besser es doch für Frankreich gewesen wäre, wenn 2 und 2 12 wäre. Ich bezweifle, daß jemals in der Geschichte etwas Aehnliches geschehen ist. Vielleicht brauchen wir es am treffendsten als eine Folge der unheilvollen Entwicklung dessen, was wir Propaganda zu nennen gelernt haben. Das Ungeheuer ist der Hut seiner Urheber entkommen, und es hat sich die außerordentliche Lage ergeben, daß die mächtigsten und klügsten Staatsmänner der Welt von unentrinnbaren Gewalten gezwungen werden, Tag für Tag zusammenzukommen und bis ins einzelne gehende Variationen des Unmöglichen zu diskutieren.

Japan gegen die Abrüstung

Während Harding, Londoner Meldungen zufolge, seine volle Sympathie mit dem Gedanken der Weltabrüstung ausgesprochen und die Mitarbeit der Vereinigten Staaten an dem großen Werke zugesagt haben soll, hat in Tokio die Kammer mit 2[illegible] gegen 38 Stimmen den Gesetzentwurf abgelehnt, der eine Herabsetzung der Rüstungen verlangte.

Der Fall Helmhake vor dem Schwurgericht

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 14. Februar. Der Fall Helmhake soll in einer mehrtägigen Verhandlung, die heute vor dem Schwurgericht I beginnt, aufs neue aufgerollt werden. Der Kriegsfreiwillige Helmhake ist, wie noch erinnerlich, während des Winterfeldzuges in den Karpathen 1915 von seinem Vorgesetzten Oberleutnant Hiller so schwer mißhandelt worden, daß er an den Folgen dieser Mißhandlung starb. Die Sache hat schon wiederholt das Militärgericht beschäftigt, zuerst ist Hiller zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, jedoch von der Anklage der Mißhandlung mit Todeserfolg freigesprochen worden. Dieses Urteil wurde vom Militärgericht aufgehoben. Inzwischen ist aber die Militärgerichtsbarkeit aufgehoben worden, so daß nunmehr der Prozeß vor dem Schwurgericht zur Verhandlung gelangt.

Das Pariser Thema

Eigene Drahtmeldung

Paris, 14. Februar. Die Pariser Presse beschäftigt sich eingehend mit der Rede des Reichsministers Simons in Stuttgart. Sie betont, daß die von Simons geforderte Veränderung der Schuldsumme wahrscheinlich die einzige Sache wäre, die die Alliierten nicht gewähren könnten. Wenn die Deutschen an Stelle der zwölf Prozent ein andres Verfahren ihres Aufstieges vorschlagen, so sei es nicht unmöglich, daß man dem nachgebe, wenn es sich nicht um einen Versuch der Täuschung handle. Ebenso, wenn statt der 42 Annuitäten 38 Annuitäten, wie sie im Friedensvertrag vorgesehen sei, vorgeschlagen werden. Verschiedene alliierte Sachverständige befassen sich wieder mit dem Problem. Man neige zu der Auffassung, daß die raschere Tilgung durch ein Anleiheverfahren erreicht werden könne. Entschieden wendet sich Petit Parisien gegen die Aenderung der Schuldsumme. Ganz Frankreich werde in diesem Punkte unnachgiebig sein, und es wäre überraschend, wenn Lloyd George andrer Meinung sei.

Die Kronstädter Rebellion

Eigene Drahtmeldung

Kopenhagen, 14. Februar. Alle Nachrichten aus Rußland gehen darauf hinaus, daß zwischen den Matrosen in Kronstadt und den Sowjetbehörden beständig Kriegszustand herrscht. Die Matrosen in Kronstadt haben eine Abordnung nach Moskau entsandt, um von der Sowjetregierung größere Lebensmittelrationen zu erhalten. Diese Abordnung wurde jedoch verhaftet. Trotzki gab den Befehl, daß der Matrosenrat in Kronstadt zurücktreten soll. Dieser Befehl wurde von den Matrosen mit der Verhaftung aller Zivilbeamten der Sowjetregierung beantwortet. Die aus Moskau nach Kronstadt entsandten Truppen haben sich bisher passiv verhalten. Die Lage ist gegenwärtig die, daß Petersburg von den Kanonen Kronstadts beherrscht wird, und daß die aufrührerische Garnison die Macht in den Händen hat.

Renaudel-Longuet und Rußland

Paris, 14. Februar. Der Nationalrat der Sozialistischen Partei der Richtung Renaudel-Longuet hat eine Tagesordnung angenommen, in der Albert Thomas aufgefordert wird, zwischen seiner Stellung als Direktor des internationalen Arbeitsamts und seinem Deputiertenmandat zu wählen. Der Nationalrat sprach sich außerdem für die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjet-Rußland aus. Schließlich wurden für den internationalen Kongreß in Wien die Delegierten bestimmt. Unter ihnen befinden sich Longuet und Renaudel. Im ganzen wird die Partei durch fünf Delegierte vertreten.

Das Ortsklassenverzeichnis

Berlin, 14. Februar. Seitdem an die Stelle der bisherigen [illegible] Teuerungszulagen nach Ortsklassen [illegible] Teuerungszulagen getreten sind, ist die Frage des neuen Ortsklassenverzeichnisses naturgemäß erheblich in den Vordergrund gerückt. Es ist verständlich, wenn von allen Seiten auf die schleunige Herstellung des neuen Verzeichnisses gedrängt wird. Andererseits darf jedoch nicht vergessen werden, daß es sich um eine äußerst umfangreiche Arbeit und eine Angelegenheit von größter Wichtigkeit handelt, die eine überstürzte Arbeit nicht verträgt. Die Vorarbeiten stehen nunmehr vor ihrem Abschluß. Die Vorschläge der Länder für die Einstufung der Orte unter 10 000 Einwohnern sind zum größten Teil eingegangen, so daß demnächst die im Reich [illegible] Besprechungen mit den Vertretern der [illegible] organisationen beginnen können. Nach Beendigung dieser Besprechungen wird der endgültige Vorschlag im Reichsfinanzministerium [illegible] festgestellt und dem Reichsrat und dem Reichstage zur Beschlußfassung zugestellt werden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210214/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG